



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften e.V. (BDF)

Aktuell seit 09.01.2026 12:46:07

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000661
Ersteintrag:	18.02.2022
Letzte Änderung:	09.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	20.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften e.V. (BDF) Friedrichstraße 79 10117 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493070011850 E-Mail-Adressen: kontakt@bdf.aero Webseiten: www.bdf.aero</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

220.001 bis 230.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,55

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Michael Engel**

Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):

1. **Martin Otzik**

2. **Felix Krüger**

3. **Karen Bahmata-Kutz**

4. **Peter Gerber**

5. **Dr. Michael Engel**

Gesamtzahl der Mitglieder:

5 Mitglieder am 05.04.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V. (BDL)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**Interessen- und Vorhabenbereiche (15):**

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Terrorismusbekämpfung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der BDF setzt sich für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen seiner Mitglieder ein und ist dabei Ansprechpartner für Politik, Behörden, Wirtschaft und Systempartner. Die Standortkosten der deutschen Fluggesellschaften sind das zentrale Thema der BDF-Arbeit. Dazu gehören Flughafenentgelte, Luftsicherheitsgebühren, Flugsicherungsgebühren und die Flugzeugabfertigungskosten bei den Bodenverkehrsdiensten. Um die politischen Rahmenbedingungen für die deutschen Fluggesellschaften zu verbessern, werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundes- und Landesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Landtage geführt. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über die Herausforderungen und Potenziale des Luftverkehrs und formulieren im Rahmen von

Verbändebeziehungen und Anhörungen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrs. Es werden auch Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt. Des Weiteren vernetzt der Verband seine Mitglieder mit Politikerinnen und Politikern, um den direkten Dialog zu fördern.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Aufnahme des Prinzips BEBS in die Verordnung über die Durchführung der Flugsicherung

Beschreibung:

Einfügung einer Rechtsgrundlage zur Erteilung von priorisierten Flugverkehrskontrollfreigaben nach Maßgabe des “Best Equipped Best Served” (BEBS)-Prinzips“ in die FSDurchführungsV.

Betroffenes geltendes Recht:

FSBetrV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

2. Anpassung LuftSiG für anteilige staatliche Finanzierung der Kosten von Luftsicherheitskontrollen

Beschreibung:

Im Rahmen eines förmlichen Beteiligungsverfahrens der Bundesregierung soll mit vorliegender Gesetzesänderung in §17a LuftSiG eine Regelung aufgenommen werden, die es dem Staat ermöglicht, abweichend vom Kostendeckungsprinzip, aus Gründen des öffentlichen Interesses eine ermäßigte Luftsicherheitsgebühr festzusetzen.

Betroffenes geltendes Recht:

LuftSiG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Terrorismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406140060 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

3. Durchführung der Flughafenkoordinierung

Beschreibung:

Der Flughafen Memmingen soll als flugplanvermittelter Flugplatz gemäß Verordnung (EWG) Nr. 95/93 eingestuft werden. Der BDF beteiligt sich im Rahmen eines förmlichen Beteiligungsverfahrens der Bundesregierung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Durchführung der Flughafenkoordinierung

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FPKV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

4. Flugsicherungsgebühren von Flügen nach Sichtflugregeln

Beschreibung:

Die nationale Rechtsgrundlage für die Gebührenbefreiung von Flügen nach Sichtflugregeln von den Flugsicherungsstreckengebühren wird mit der Änderung erneuert. Der BDF beteiligt sich im Rahmen eines förmlichen Beteiligungsverfahrens der Bundesregierung.

Referentenentwurf:

Zweite Verordnung zur Änderung der FS-Strecken-Kostenverordnung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 12.08.2024

Federführendes Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FSStreckenGV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

5. Abschaffung der Luftverkehrsteuer

Beschreibung:

Ziel ist die Abschaffung bzw. deutliche Reduzierung der Luftverkehrsteuer, da sie einen wesentlichen Bestandteil der staatlich verursachten Standortkosten darstellt und somit einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für deutsche Fluggesellschaften im internationalen Vergleich bedeutet.

Betroffenes geltendes Recht:

LuftVStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506040013 \(PDF - 1 Seite\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Streikgesetz für Unternehmen der Daseinsvorsorge und kritischen Infrastruktur

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Initiierung eines Streikgesetzes für Unternehmen der Daseinsvorsorge bzw. kritischen Infrastruktur (z.B. Flughäfen). Dieses soll einheitliche gesetzliche Regelungen zur Ausübung von Arbeitskämpfen in diesen Bereichen schaffen, insbesondere durch die Einführung verbindlicher Notdienstvereinbarungen, zeitlicher Begrenzungen, verpflichtender Schlichtungsverfahren sowie angemessener Vorwarnzeiten.

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506040008 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Senkung Luftsicherheitsgebühren

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist es, eine stärkere staatliche Verantwortung für die Finanzierung der Luftsicherheitskontrollen zu erreichen. Dabei soll die bestehende Organisation, Aufgabenwahrnehmung und -verteilung überprüft und reformiert werden, um eine einheitlichere und effizientere Gestaltung der Luftsicherheit in Deutschland zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

LuftSiG [alle RV hierzu]; LuftSiGebV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2506040014](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

8. [Reform der EU-Fluggastrechteverordnung](#)

Beschreibung:

Die EU-Fluggastrechteverordnung (261/2004) soll überarbeitet werden, um die bestehende Rechtslage zu präzisieren und praktikabler zu gestalten. Damit sollen rechtliche Unklarheiten verringert, die Verlässlichkeit im Flugbetrieb erhöht und ein ausgewogener Rahmen für den europäischen Luftverkehr geschaffen werden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [[alle RV hierzu](#)]; Luft- und Raumfahrt [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrspolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2508210007](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.05.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [[alle SG dorthin](#)]

9. [Novellierung Luftsicherheitsgesetz](#)

Beschreibung:

Nicht-Aufnahme der vom Bundesrat vorgeschlagenen ID-Checks am Gate in den Gesetzesentwurf der Bundesregierung.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/3252 \(Vorgang\)](#) [[alle RV hierzu](#)]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Luftsicherheitsgesetzes
Zuständiges Ministerium: [BMI](#) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

[LuftSiG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrsinfrastruktur [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrspolitik
[[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2601090004 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

10. Regelungen zu Luftsicherheitsstandards nach dem Luftsicherheitsgesetz

Beschreibung:

Ziel des Regelungsvorhabens ist es, sicherzustellen, dass eine etwaige neue Rechtsverordnung zur Festlegung verbindlicher Mindeststandards für die bauliche und technische Abgrenzung von Flughäfen sich strikt an den bestehenden Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt in der Europäischen Union orientiert. Weitergehende nationale Anforderungen, insbesondere solche mit zusätzlichen kostenintensiven Auswirkungen, sollen vermieden werden.

Interessenbereiche:

Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2601090005 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

960.001 bis 970.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Deutsche Lufthansa AG
2. Condor Flugdienst GmbH
3. TUIfly GmbH

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[250327-GAAP-G-Testat-Jahresabschluss-2024.pdf](#)